

Mainz: SPD-Fraktion setzt sich gegen CDU und FDP durch

Antrag gegen Minister gescheitert

Von Irs-Korrespondent
Jens Albes

MAINZ. Der erste Antrag auf eine Ministeranklage in Rheinland-Pfalz ist gescheitert. Die SPD-Regierungsfraktion schmetterte ihn gestern mit ihrer absoluten Mehrheit in einer Sondersitzung des Landtags ab. Fünfzehn Wochen vor der Landtagswahl sollte sich die Ministeranklage gegen Justizminister Heinz Georg Bamberger (SPD) richten. CDU und FDP warfen ihm vor, bei der Besetzung eines hohen Gerichtspostens in Koblenz die Landesverfassung verletzt zu haben. Die SPD wies den Antrag als völlig unberechtigt, maßlos überzogen und reines Wahlkampfgetöse zurück.

Hintergrund war die rechtswidrige Ernennung von Ralf Bartz zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz 2007. Das Bundesverwaltungsgericht hob sie 2010 mit der Begründung auf, das Justizministerium habe die Entscheidung für Bartz „auf nicht tragfähige Erkenntnisse gestützt“ und den Rechtsschutz des unterlegenen Bewerbers Hans-Josef Graefen vereitelt.

Zwei-Drittel-Mehrheit verfehlt

CDU-Fraktionschef Christian Baldauf sprach von krassem Rechtsbruch und einem beschädigten Ansehen der Justiz im Land. Bamberger sei „sehenden Auges über eine rote Ampel gefahren“. Mehr noch: Das Bundesverwaltungsgericht habe dem Verfassungsminister einen Verfassungsverstoß bescheinigt. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Herbert Mertin hielt Bamberger vor, sogar vorsätzlich die Verfassung gebrochen zu haben.

52 SPD-Parlamentarier waren anwesend und 52 Nein-Stimmen wurden gezählt. Von der 48-köpfigen Opposition fehlte niemand – 48 Ja-Stimmen gab es. Um eine Ministeranklage, das schwerste Geschütz der Landespolitik, tatsächlich auf den Weg zum Verfassungsgerichtshof in Koblenz zu bringen, wäre indessen eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig gewesen. Vor der namentlichen Abstimmung hatte Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) seinem Verfassungsminister sein volles Vertrauen zugesichert.



Baldauf (vorne) konnte sich nicht gegen Bamberger durchsetzen. BILD: LRS

Religion

Zeugen Jehovas abgewiesen

STUTTGART. Die Zeugen Jehovas verstoßen nach Ansicht des Landes Baden-Württemberg gegen das Grundgesetz. Unter anderem gefährde die Religionsgemeinschaft das Grundrecht auf Achtung des Familienlebens und der Ehe. Ihr Verbot von Bluttransfusionen gefährde außerdem „Leib und Leben“ von Kindern und Jugendlichen, sagte eine Sprecherin des Kultusministeriums gestern. Die Landesregierung hatte sich mit der Glaubensgemeinschaft beschäftigt, weil diese als Körperschaft öffentlichen Rechts mit den christlichen Kirchen gleichgestellt werden wollte. Das lehnt das Land ab, der offizielle Bescheid wurde jetzt zugestellt. Auch Rheinland-Pfalz wies die Glaubensgemeinschaft ab. lsw



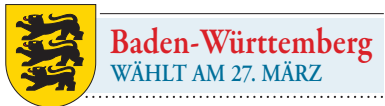
In der Bildungspolitik wurde nicht jedes Versprechen von 2006 Wirklichkeit. BILD: DPA

Baden-Württemberg: Manchmal sind Wahlprogramme ihr Papier nicht wert / Was CDU und FDP nicht umgesetzt haben

Versprochen und gebrochen

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART. Der Klassiker unter den gebrochenen Wahlversprechen ist der Beschluss der CDU, jedem Schüler in Baden-Württemberg einen Laptop zu kaufen. Das hätte Milliarden gekostet. Zehn Jahre sind seit jenem Parteitag in Mannheim vergangen, und die Schüler warten immer noch. Auch vor der letzten Landtagswahl 2006 haben die Parteien für ihre Wahlwerbung schöne Wünsche



formuliert. Wir machen den Faktencheck für die Wahlversprechen der Regierungsparteien CDU und FDP. Besonders tatkräftig wollten sich die Liberalen vor fünf Jahren profilieren. Zwei Ministerien und die politischen Staatssekretäre setzten sie auf die Streichliste. Mit diesen beim Wähler höchst populären Forderungen scheiterte man am Widerstand des großen Koalitionspartners CDU. Selbst den vorübergehend eingesparten Ministerposten holte sich Regierungschef Stefan Mappus inzwischen wieder zurück.

Höchst wechselvoll ist die Geschichte finanzpolitischer Verspre-

chungen. Die FDP wollte nach 2006 nicht nur die Kreditaufnahme auf null stellen. „Mittel- bis langfristig“ sollte das Land sogar bestehende Schulden abbauen. An der Realität vorbei formulierte auch die CDU, die „auch in Zukunft an einem ausgeglichenen Haushalt“ festhalten wollte. Tatsächlich schaffte Schwarz-Gelb nur 2008 einen Landeshaushalt ohne neue Schulden. Im Jahr nach der Wirtschaftskrise sprang die Kreditaufnahme auf den Rekordstand von über zwei Milliarden Euro.

Bildungspolitik stand schon 2006 im Brennpunkt. Die damals von Günther Oettinger geführte Südwelt-CDU versprach: „Jede Familie soll in erreichbarer Nähe zu ihrem Wohnort eine Ganztageschule in der jeweils angestrebten Schulform finden.“ Dass dies in fünf Jahren nicht finanzierbar sein würde, war jedem Kenner der Materie klar. Die FDP stellte gar die Systemfrage und wollte in „regionalen Projekten eine längere gemeinsame Lernzeit in den Grundschulen ermöglichen“. Bis heute lehnt die CDU jede Aufweichung des dreigliedrigen Schulsystems eisern ab. In der Rubrik Wünsch-dir-was verblieb auch die FDP-Ankündigung, jedem Schüler zu drei Stunden Sport zu verhelfen. Auf 86 Seiten schrieb die CDU vor fünf Jahren viele Gemeinplätze auf. So vertrat sie die Ansicht, in Baden-

Die Dauerbrenner

■ Zur Grundausstattung jedes Wahlprogramms der FDP gehört der laute Ruf nach **Privatisierung von Landesbeteiligungen**. 2006 brachten die Südwelt-Liberalen ihren Dauerbrenner sogar an zwei Stellen ihres „Regierungsprogramms“ unter. Einen Erfolg können sie für die letzten fünf Jahre aber weder bei den Unternehmen wie der Brauerei Rothaus noch bei den Universitätskliniken vorweisen.

■ Auch die **CDU** hat ihre Dauerforderungen. **„Wir lassen die Schule im Dorf“**, hieß es im Wahlprogramm 2006. Erst vor wenigen Tagen hat Ministerpräsident Stefan Mappus den Kommunen wieder eine Garantie für ihre Grundschulen gegeben. *pre*

Württemberg gelinge die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser als in den meisten anderen Bundesländern. Dies zeige „die Tatsache, dass wir einen Geburtenüberschuss und gleichzeitig die höchste Frauenerwerbsquote bundesweit haben“. Das mit dem Geburtenüberschuss hat sich längst erledigt, und bei der Kinderbetreuung hinkt der Südwelt noch immer hinterher.

Die Liberalen versprechen manches, was die Landespolitik gar nicht

allein erreichen kann. Zum Beispiel plädierten sie für die Abschaffung der Rundfunk-Gebührenzentrale GEZ. Immerhin gibt es da inzwischen eine Reform. Sozusagen im Gleichschritt scheiterten CDU und FDP mit ihrem Votum, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Da sucht Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble noch immer nach einer Lösung.

Eine gewisse Fertigkeit bewiesen die Christdemokraten bei wolkigen Formulierungen. Besonders schön liest sich der Ruf nach dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur: „Die CDU will, dass künftig Schluss mit Staus, Verspätungen und Stop-and-go-Verkehr in Ortsdurchfahrten und auf unvollendeten Fernstraßen ist.“ Die jüngste Verkehrsfunkbilanz berichtet von neuen Staurekorden. Ähnlich erfolglos war die FDP mit ihrer Erwartung, den Fernstraßenbau von den Nutzern bezahlen zu lassen.

Nicht einmal die Aufnahme einer Forderung in den Koalitionsvertrag sichert ihre Realisierung. CDU und FDP hatten sich nach der letzten Wahl verständigt, ab 2008 den Privatschulen 80 Prozent ihrer Kosten zu erstatten. Die Finanzierungsquote liegt laut Privatschulverband VDP heute zwischen 68 und 77 Prozent. Die Tendenz sei fallend. Der VDP klagt: „Statt sich dieser Marke anzunähern, verschlechtert sich der Wert immer weiter.“

Landtag: Innenminister Rech berichtet im Ausschuss

Weiter offene Fragen um verdeckte Ermittler

STUTTGART. Der Einsatz verdeckter Polizei-Ermittler in der linken Szene von Baden-Württemberg hat gestern den Innenausschuss des Landtags beschäftigt. Die Abgeordneten ließen sich in nicht-öffentlicher Sitzung von Innenminister Heribert Rech (CDU) berichten.

Die Grünen zeigten sich unzufrieden mit den Antworten des Ministers. Es bestehe weiter Aufklärungsbedarf, sagte der Grünen-Abgeordnete Hans-Ulrich Sckerl nach der Sitzung. Auch nach der schriftlichen Stellungnahme der Landesregierung sei nicht klar, warum ein V-Mann in Heidelberg seine Tätigkeit bis weit ins studentische und bürgerliche Milieu ausgedehnt habe.

Grüne setzen nach

„Das hat mit einem Auftrag, präventiv gegen Straftaten zu ermitteln, nun wahrlich nicht das Geringste zu tun“, kritisierte Sckerl. Die Frage, ob unter Studenten in Heidelberg weitere verdeckte Ermittler eingesetzt

worden seien, sei immer noch offen. „Für uns ist die Angelegenheit noch nicht vorbei“, sagte Sckerl. Unzureichend informiert fühlen sich die Oppositionsfaktionen auch über den Einsatz eines britischen Spitzels während des NATO-Gipfels 2009 im Auftrag einer Sondereinheit der Freiburger Polizei.

Die im Ausschuss gegebenen Informationen unterliegen der Geheimhaltung. lsw



In Heidelberg berichtete der V-Mann auch über Studenten. BILD: DPA

Grundschulempfehlung: FDP für Lockerung, Ministerin Schick hält daran fest

Streit um die Bildungspolitik

Von unserem Korrespondenten
Joachim Rück

STUTTGART. Gymnasium, Real- oder Hauptschule? Wenn im Frühjahr die Grundschulempfehlung naht, liegen in vielen Familien in Baden-Württemberg die Nerven blank. Auch die CDU/FDP-Koalition streitet derzeit darüber. Die Liberalen erwägen, die letzte Entscheidung den Eltern zu überlassen, welche weiterführende Schule ihr Kind nach der vierten Klasse besucht. Die CDU hält an der verbindlichen Empfehlung fest, möchte sie allerdings nachvollziehbarer machen. Kultusministerin Marion Schick (CDU/Bild) erprobt ein „erweitertes Beratungskonzept“, das „sehr schnell in die Fläche gehen“ soll.

FDP-Bildungspolitikerin Birgit Arnold will „diese ganze Drucksituation entschärfen“. Wenn nach einem Beratungsprozess über die künftige Schulkarriere keine Ein-

igung erzielt werde, solle der Elternwille ausschlaggebend sein, schlug sie gestern vor. Arnold nähert sich damit der Opposition und der Lehrgewerkschaft GEW, die eine Abschaffung der Grundschulempfehlung verlangen. „Die Eltern sollen nach einem qualifizierten Beratungsgespräch selbst entscheiden können“, forderte Norbert Zeller (SPD) und machte zunehmende „Auflösungserscheinungen bei Schwarz-Gelb“ aus.

Die Kultusministerin hat vor, die Akzeptanz der Empfehlung zu erhöhen. Acht Grundschulen im Land erproben bereits ein Beratungskonzept. Zu diesem gehören verpflichtende Elterngespräche ab der dritten Klasse, Beobachtungsbögen und Dokumentationen über die Schüler. „Die schulische Entwicklung der Kinder muss für die Eltern nachvollziehbar und transparenter werden“, sagte Schick. Noten dürften nicht die alleinigen Kriterien sein.

Außerdem sollen Übergangsloten die Zusammenarbeit zwischen Grund- und weiterführenden Schu-

IN KÜRZE

Straßenbahn entgleist

FREIBURG. Eine Straßenbahn ist gestern Morgen entgleist und hat den Stadtbahnverkehr in Freiburg vorübergehend lahmgelegt. Wie die Verkehrs AG mitteilte, sprang die Bahn aus den Schienen und blockierte alle vier Stadtbahnlinien. Tausende Pendler kamen zu spät zur Arbeit. Verletzt wurde niemand. lsw

Neue Rad-Strecken

MAINZ. Sechs neue Wege hat das Mainzer Verkehrsministerium in seinen Radroutenplaner aufgenommen. Zu den Strecken auf „www.Radwanderland.de“ gehören ab sofort der „Eifel-Schiefer-“, der „Salm-“, der „Schinderhannes-Soonwald-“, der „Nahe-Hunsrück-Mosel-“, der „Odenbach-“ und der „Pfälzer Land-Radweg“. Das teilte das Ministerium gestern mit. lrs

AUFGELESEN

Wer auf einen angeblichen Polizisten mit deutlichen Rechtschreibschwächen hereinfällt, ist **selbst schuld**. So sieht es das Oberlandesgericht Koblenz in einem gestern bekanntgewordenen Urteil. Die Richter verurteilten die Käuferin eines gestohlenen Wohnmobils, das Gefährt dem rechtmäßigen Eigentümer zurückzugeben. Die Frau hatte das Wohnmobil für 24 000 Euro erworben. Schon die äußeren Umstände waren jedoch merkwürdig: Der Verkäufer schlug als Treffpunkt einen Rastplatz zur Abendzeit und Barzahlung vor. Nach dem Kaufvertrag kaufte die Frau ein Wohnmobil mit „FAHRAD-TREGER“ und verpflichtete sich, „Fierundzwanzig“ tausend Euro zu zahlen (Az.: 5 U 883/10).

Kampf gegen Darmkrebs

STUTTGART. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Baden-Württemberg (AOK) und Ärzte haben im Kampf gegen Darmkrebs die Kampagne „Darmcheck 2011 fällig“ gestartet. Mit Informationsveranstaltungen, persönlichen Aufklärungsgesprächen bei Hausärzten und Erinnerungsbriefen wollen sie die Menschen für Vorsorgeuntersuchungen sensibilisieren. Zuletzt hatte die Bereitschaft, sich einer Früherkennungsuntersuchung zu unterziehen, nachgelassen. lsw

Vater unter Verdacht

MAINZ. Ein 43-jähriger Familienvater aus Siefersheim (Kreis Alzey-Worms) soll vier ihm anvertraute Mädchen missbraucht haben. Die mutmaßlichen Opfer seien sieben bis neun Jahre alt, bestätigte der Leitende Oberstaatsanwalt in Mainz, Klaus-Peter Mieth, gestern einen Bericht der „Allgemeinen Zeitung“. Der Mann habe auf die Kinder aufpassen. Die Ermittler entdeckten auf dem Computer des Beschuldigten „eine Vielzahl“ pornografischer Bilder. lrs